

über die 13. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 18.05.2016

Sitzungsraum: Ratssaal, Rathaus, Rathausplatz 2, 40789 Monheim am Rhein
Beginn: 17:11 Uhr
Ende: 20:15 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Daniel Zimmermann

Mitglieder der PETO-Fraktion

Frau Brinja Bures

Herr Andy Eggert

Herr Ingo Elsner

Herr Hasan Ergen

Herr Patrick Fuest

Herr Florian Große-Allermann

Frau Carina Häusler

Frau Julia Häusler

Herr Torsten Kinzel

Herr Dr. Florian Klein

ab Tagesordnungspunkt ö 23

Frau Vanessa Klein

Frau Janne Koch

Herr Tim Kögler

Herr Michael Lück

Frau Ann-Cathrin Nellen

Herr Steffen Pawlik

Frau Lisa Pientak

Herr Holger Radenbach

Herr Benedikt Reich

Herr Lucas Risse

Frau Bianca Rosenstetter

ab Tagesordnungspunkt ö 18

Frau Kathrin Sarin

Herr Joris Schüller

Frau Monika Sikora

ab Tagesordnungspunkt ö 6

Herr Michael Strauss

Frau Laura Töpfer

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Günter Bosbach

Herr Tim Brühland

Herr Markus Gronauer

Frau Gabriele Hackel

Herr Bruno Kosmala

Herr Michael Nagy
Herr Peter Werner

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Werner Goller
Frau Stefanie Rohm
Herr Alexander Schumacher

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Stephan Emmler
Herr Manfred Poell

FDP

Herr Andreas Wölk

Rechnungsprüfung

Herr Georg Mittmann

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel
Frau Sonja Baumhauer
Frau Estelle Dageroth
Frau Simone Feldmann
Herr Martin Frömmer
Herr Peter Heimann
Herr Guido Krämer
Herr Edgar Lenz
Herr Roland Liebermann
Herr Michael Lobe
Frau Sabine Noll
Frau Christiane Schärfke
Herr Thomas Waters

Gäste

Herr Dr. Helmut Heymann
Herr Detlef Hövermann
Herr Bernhard Schwarz

Schriftführerin

Frau Beate Hellingrath

Entschuldigt fehlten:

DIE LINKE

Frau Badi Özgültekin

von der Verwaltung

Frau Gisela Herforth
Herr Marc Steven

Tagesordnung:

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlage Nr.
1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit	
2	Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes	IX/0713
3	Kenntnisnahme der Niederschrift der 12. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 09.03.2016 - öffentlicher Teil -	
4	Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen (09.03.2016) - öffentlicher Teil -	IX/0763
5	Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner	
6	Symbolische Übergabe der Zustiftung der Stadt Monheim am Rhein an die Bürgerstiftung "Minsche vür Minsche"	IX/0640
7	Vorhaltung des zweiten Rettungstransportwagens im 24-Stundendienst	IX/0712
8	Aufbau eines ZWAR-Netzwerkes in Monheim am Rhein	IX/0711
9	Fortschreibung Entwicklungsplanung für die Offene Ganztagschule	IX/0717
10	Auslaufen der Lise-Meitner-Realschule	IX/0731/1
11	Außensportanlage an der Peter-Ustinov-Gesamtschule; Baubeschluss	IX/0691
12	Bezirkssportanlage Waldbeerenberg mit Sporthalle; Baubeschluss	IX/0692
13	Sanierung Bolzplatzanlage Heinrich-Zille-Platz – Baubeschluss	IX/0703
14	Kunstprojekt Migrations-Mikado auf dem Heinrich-Zille-Platz	IX/0702
15	Anschaffung einer neuen Software für die Sozialpädagogischen Dienste	IX/0759
16	Kinderspielplatzbereich in der Kleingartenanlage "Auf der Heide"; - Baubeschluss -	IX/0710
17	Mehrkosten Kanalbaumaßnahme Heinestraße/Neustraße/Alte Schulstraße "Bypass Rathausplatz" - Genehmigung der dringlichen Entscheidung -	IX/0730
18	Übernahme der Landstraßen L 293 und L 402	IX/0725
19	Satzung zur 1. Änderung der Satzung der Stadt Monheim am Rhein für den Denkmalbereich "Historischer Kern der Altstadt" (Denkmalbereichssatzung)	IX/0699
	Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner (2. Unterbrechung)	
20	Weiterentwicklung des Liniennetzes im Monheimer Stadtgebiet	IX/0727/2

21	Planungen zum Bau und Betrieb einer Veranstaltungshalle	IX/0693
22	Bauunterhaltung von Kindertagesstätten im städtischen Eigentum	IX/0695
23	Neubau von 4 Kindertagesstätten -Standortentscheidung und Planungsauftrag-	IX/0705
24	Schulzentrum Berliner Ring - Schulneubau-	IX/0757
25	Hermann-Gmeiner-Schule -Brandschutzmaßnahmen-	IX/0756
26	Errichtung einer Kindertagesstätte in Modulbauweise	IX/0758
27	1. Nachtragshaushaltssatzung 2016	IX/0708/1
28	Nachwahlen von Mitgliedern in Ausschüssen und Gremien, Nachbenennung für den JHA sowie die Bestimmung einer Nachfolgerin/eines Nachfolgers für den stellvertretenden Ausschussvorsitz	IX/0720
29	Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen_Resolution der Stadt Monheim am Rhein gegen den Weiterbetrieb der belgischen Atomkraftwerke Tihange und Doel	IX/0766
30	Anfrage der CDU-Fraktion vom 03.05.2016 zur neuen Kreisleitstelle/Entwicklung des Brandschutzbedarfsplans	IX/0765
31	Mündliche Mitteilungen	
32	Mündliche Anfragen	

Sitzungsergebnis:

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Bürgermeister eröffnet die 13. Sitzung des Rates und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Er weist darauf hin, dass sich folgende Ratsmitglieder für die Sitzung entschuldigt haben:

Herr Tim Kögler und Herr Michael Strauß (beide von der PETO-Fraktion) und Frau Badi Özgültekin.

Die noch fehlenden Ratsmitglieder Frau Monika Sikora, Frau Bianca Rosenstetter und Herr Dr. Florian Klein (PETO-Fraktion) werden verspätet an der Sitzung teilnehmen.

Gegen die vorgelegte Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

2 Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes**Vorlage: IX/0713**

Nachdem sich alle Anwesenden von ihren Plätzen erhoben haben, bittet der Bürgermeister Herr Bruno Kosmala - CDU - nach vorne und verpflichtet ihn in feierlicher Form durch das Nachsprechen folgender Formel:

"Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt Monheim am Rhein erfüllen werde."

Der Bürgermeister, die Ratsmitglieder und alle Anwesenden gratulieren Herrn Kosmala durch Beifall zu seiner Verpflichtung als Ratsmitglied.

3 Kenntnisnahme der Niederschrift der 12. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 09.03.2016 - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird zur Kenntnis genommen.

4 Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen (09.03.2016) - öffentlicher Teil -**Vorlage: IX/0763**

Ratsherr Goller - SPD - fragt in Bezug auf den Ausführungsbericht zu „Altfall“ VIII/1365 „Situation und Entwicklung der medizinischen Daseinsvorsorge in Monheim am Rhein“ zum Sachstand bzw. wann mit neueren Erkenntnissen zu rechnen sei.

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Verhandlungen laufen und er davon ausgehe, nach der Sommerpause einen Zeitplan vorlegen zu können.

5 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Bürgermeister weist darauf hin, dass um 18:00 Uhr oder nach Abhandlung des dann laufenden Tagesordnungspunktes die Fragezeit erneut aufgerufen werde.

6 Symbolische Übergabe der Zustiftung der Stadt Monheim am Rhein an die Bürgerstiftung "Minsche vür Minsche"**Vorlage: IX/0640**

Der Bürgermeister begrüßt von der Bürgerstiftung „Minsche vür Minsche“ die Herren Dr. Helmut Heymann, Vorstandsvorsitzender und Bernhard Schwarz, Kuratoriumsvorsitzender.

Nach Erläuterung der Vorlage, wonach die Arbeit der Bürgerstiftung mit einer Zustiftung von 100.000 EUR durch die Stadt unterstützt werden solle, erteilt der Bürgermeister Herr Dr. Heymann das Wort.

Herr Dr. Heymann berichtet über die Entstehung der Bürgerstiftung, deren Ziel es

sei, durch Unterstützung mit Geld und Engagement ehrenamtliche Arbeit zu unterstützen und Projekte zu fördern. Die bisherige Arbeit sei sehr erfolgreich gelaufen. Stiftungseingänge in Höhe von 205.000 EUR sowie Spenden in Höhe von 112.000 EUR seien bis Ende des Jahres 2015 zu verzeichnen gewesen. Viele Projekte im Bereich Naturschutz, Kultur und bürgerschaftlichem Miteinander seien bereits in den ersten Monaten der Stiftung angeschoben worden. Besonders die „Gänseaktion“ wird von Herrn Dr. Heymann hervorgehoben, die überaus erfolgreich verlaufen sei. Für die kommende Weihnachtszeit sei geplant, leuchtende Gänse gegen Spenden anzubieten. Weiterreichendes Ziel des Vorstandes sei die Aufstockung des Stiftungskapitals durch noch mehr engagierte Bürgerinnen und Bürger. Wunsch sei, künftige Projekte aus Zinserträgen finanzieren zu können. Ein Kapitalwachstum sei gerade deshalb wünschenswert. Die Arbeit der Bürgerstiftung, konkrete Angaben zur Unterstützung der Stiftungsarbeit und weitere wichtige Informationen seien auf der Homepage der Bürgerstiftung www.monheimer-bürgerstiftung.de nachzulesen.

Abschließend bedankt sich Herr Dr. Heymann beim Rat der Stadt Monheim am Rhein für die große Unterstützung.

Der Bürgermeister überreicht anschließend einen symbolischen Scheck über 100.000 EUR an Herrn Dr. Heymann.

**7 Vorhaltung des zweiten Rettungstransportwagens im 24-Stundendienst
Vorlage: IX/0712**

Beschluss

Der Rat beschließt die Vorhaltung des zweiten Rettungstransportwagens (RTW) im 24-Stundendienst.

Hierfür werden im Stellenplan 2016 fünf Vollzeitstellen für Rettungsassistenten/-innen bzw. Notfallsanitäter/-innen neu eingerichtet. Die Stellen sind nach Entgeltgruppe 5 TVöD auszuweisen und zunächst befristet bis zum 31.12.2016 zu besetzen. Die hierfür benötigten Finanzmittel in Höhe von rd. 138.000 EUR sind im 1. Nachtragshaushaltsplan 2016 bei Produkt 02.17.00 (Rettungsdienst und Krankentransport) zu veranschlagen.

einstimmig zugestimmt

**8 Aufbau eines ZWAR-Netzwerkes in Monheim am Rhein
Vorlage: IX/0711**

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Initiierung und Verstetigung des angestrebten ZWAR-Netzwerkes mit der ZWAR Zentralstelle NRW, Dortmund, die in der Anlage 1 beigefügte Kooperationsvereinbarung abzuschließen und darauf aufbauend neue, selbstorganisierte Unterstützungsformen in der Stadt zu schaffen, in denen sich Menschen ab dem 55. Lebensjahr vernetzen und umeinander kümmern

einstimmig zugestimmt

9 Fortschreibung Entwicklungsplanung für die Offene Ganztagschule

Vorlage: IX/0717**Beschluss**

1. Die Entwicklungsplanung für die Schuljahre 2016/2017 bis 2017/2018 wird in der vorliegenden Form verabschiedet.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Gruppen in der Offenen Ganztagschule (OGS) analog der vorliegenden Planung in folgenden Schritten auszubauen:
 - Schuljahr 2016/2017: Bis zu 1.100 Plätze
 - Schuljahr 2017/2018: Bis zu 1.150 Plätze
3. Die Verwaltung wird beauftragt, nach dem Abschluss der jährlichen Anmeldeverfahren über die Entwicklungen im Ausschuss für Schule und Sport sowie im Jugendhilfeausschuss zu berichten.

einstimmig zugestimmt**10 Auslaufen der Lise-Meitner-Realschule
Vorlage: IX/0731/1**

Der Bürgermeister verweist auf die durchgeführte Schüler- und Elternbefragung hinsichtlich der Beschulung der verbleibenden Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 2016/2017, die eine Beschulung an der Theodor-Litt-Realschule in Düsseldorf-Urdenbach zum Ergebnis hatte.

Beschluss

1. Die Verwaltung wird beauftragt mit der Stadt Düsseldorf Verhandlungen aufzunehmen, mit dem Ziel, die Beschulung der Schülerinnen und Schüler der Lise-Meitner-Realschule im Schuljahr 2016/2017 an der Theodor-Litt-Realschule sicherzustellen.
2. Sofern mit der Stadt Düsseldorf eine Übereinkunft über die weitere Beschulung im Schuljahr 2016/2017 erzielt wird, wird die Verwaltung beauftragt im nächsten Sitzungslauf einen Beschluss zur Auflösung der Lise-Meitner-Realschule zum Ende des Schuljahres 2015/2016 herbeizuführen.

einstimmig zugestimmt**11 Außensportanlage an der Peter-Ustinov-Gesamtschule; Baubeschluss
Vorlage: IX/0691****Beschluss**

1. Die Außensportanlage an der Peter-Ustinov-Gesamtschule ist, wie in der Anlage dargestellt, auszuschreiben und zu realisieren.
2. Die Finanzierung erfolgt über die im Rat bewilligten Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 1.090.000 Euro, die im Teilfinanzplan B zum Haushalt 2016 unter Maßnahmen-Nummer I4004.013 (Produkt 08.01.00) veranschlagt sind.

einstimmig zugestimmt

**12 Bezirkssportanlage Waldbeerenberg mit Sporthalle; Baubeschluss
Vorlage: IX/0692**

Der Bürgermeister weist vor Abstimmung darauf hin, dass die Nr. 4 der Beschlussempfehlung gestrichen werde. Bereits in den vorberatenden Fachausschüssen sei darauf hingewiesen worden, dass der Bau einer provisorischen Baustellenzufahrt und des Regenversickerungsbeckens nicht erforderlich sei.

Beschluss

1. Sporthalle und Sportplatz der Bezirkssportanlage Waldbeerenberg sind, wie in den Anlagen 1 und 2 dargestellt, auszuschreiben und zu realisieren.
2. Mit dem BTSC ist ein Vertrag über den Bau eines Vereinsverwaltungsbereichs innerhalb des Sporthallenkomplexes abzuschließen, sofern der BTSC die Finanzierung dieses zusätzlichen Raumangebotes in Form eines Baukostenzuschusses in Höhe von 48.000 Euro vertraglich sicherstellt.
3. Das Budget für den Bau der Sporthalle und der Bezirkssportanlage beträgt 4.390.000 Euro (2.300.000 Euro für die Sporthalle; 90.000 Euro für die Sporthalleneinrichtung; 2.000.000 Euro für die Sportanlage mit Außenanlage inkl. Stellplatzanlage). Die Mittel werden unter Maßnahmen-Nr. I7102.054 (Produkt 01.14.00), I4004.011 (Produkt 08.01.00) und I6004.058 (Produkt 12.01.00) sowie im Teilergebnisplan Produktbereich 08 im Haushalt 2016 bereitgestellt.

einstimmig zugestimmt

**13 Sanierung Bolzplatzanlage Heinrich-Zille-Platz – Baubeschluss
Vorlage: IX/0703**

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahme auf Basis der vorgelegten Sanierungsplanung zur Umgestaltung der Bolzplatzanlage und der Erweiterungsplanung des Spielplatzes am Heinrich-Zille-Platz zu realisieren.

einstimmig zugestimmt

**14 Kunstprojekt Migrations-Mikado auf dem Heinrich-Zille-Platz
Vorlage: IX/0702**

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahmen auf Basis des vorgelegten Konzept- und Gestaltungsentwurfs zur Umsetzung des Kunstprojektes „Migrations-Mikado“ auf dem Heinrich-Zille-Platz zu realisieren.

einstimmig zugestimmt

**15 Anschaffung einer neuen Software für die Sozialpädagogischen Dienste
Vorlage: IX/0759**

Beschluss

Zur Beschaffung und Einführung einer neuen Software für den Bereich Kinder, Jugend und Familie werden im 1. Nachtragshaushaltsplan 2016 im Produkt 01.10.00 insgesamt 100.000 EUR zur Verfügung gestellt. Davon 70.000,00 EUR bei Sachkonto I1002.024 - IT-Beschaffung Bereich 51 - sowie weitere 30.000,00 EUR bei Sachkonto 5291000 - Sonstige Dienstleistungen

einstimmig zugestimmt

16 Kinderspielplatzbereich in der Kleingartenanlage "Auf der Heide"; - Baubeschluss - Vorlage: IX/0710

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahmen auf Basis des vorgelegten Gestaltungsentwurfs zur Umsetzung der Neuausstattung des KSP- Bereichs in der KGA „Auf der Heide“ zu realisieren.

einstimmig zugestimmt

17 Mehrkosten Kanalbaumaßnahme Heinestraße/Neustraße/Alte Schulstraße "Bypass Rathausplatz" - Genehmigung der dringlichen Entscheidung - Vorlage: IX/0730

Auf die Nachfrage des Sprechers der SPD-Fraktion zu der s. E. bemerkenswerten Überschreitung der Kosten von annähernd 22% und ob bei der Kostenkalkulation ggf. fehlerhaft gearbeitet worden sei. Außerdem wolle er wissen, unter welchen Umständen eine Ausschreibung aufgehoben werden könne.

Nach Worterteilung durch den Bürgermeister, der zuvor ausgeführt hatte, dass nur in seltenen Fällen Kostenüberschreitungen zu verzeichnen seien, erläutert Herr Apsel sehr eingehend das Planungs- und Ausschreibungsverfahren. Bisher habe der externe Planer, der sie Stadt bei verschiedenen Projekten unterstützt habe, treffsichere Kostenplanungen vorgelegt. Derzeit sei zu beobachten, dass sich der Markt verändere und dadurch die Preise verändern würden. Es sei davon auszugehen, dass bei künftigen Tief- und Straßenbaumaßnahmen mit Kostensteigerungen zu rechnen sei. Das werde bei der Planung berücksichtigt.

Für nachfolgende Maßnahmen sei beabsichtigt, Bieterverfahren nach der Vergabeordnung anzuwenden, erklärt der Bürgermeister. Man erwarte dadurch auch qualitativ bessere Angebote. Der derzeitige Wettbewerb funktioniere nicht wie erhofft, weil die Unternehmen z. Zt. ausgelastet seien und damit zu wenige Bieter ihr Interesse zeigen würden.

Abschließend führt die Kämmerin aus, dass das Vergaberecht keine Obergrenzen festlege, nach denen Ausschreibungen aufgehoben werden müssten.

Beschluss

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein genehmigt die am 21.03.2016 vom Bürgermeister und dem Ratsmitglied Frau Lisa Pientak (PETO) getroffene dringliche Entscheidung zur außerplanmäßigen Bereitstellung von 130.000,-- Euro für die

Baukosten bei der Investitionsmaßnahme I6005.040 „Kanalbaumaßnahme Bypass Rathausparkplatz“.

einstimmig zugestimmt

**18 Übernahme der Landstraßen L 293 und L 402
Vorlage: IX/0725**

Unter Hinweis auf die ausführliche Diskussion im Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr (ASUBV) erklärt der Sprecher der SPD-Fraktion, dass seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen werde. Unter Betrachtung aller Umstände und Abwägung derselben mache die Stadt Monheim am Rhein bei der Übernahme der Landstraßen ein schlechtes Geschäft. Außerdem binde man sich auf Dauer Kosten ans Bein, deren Ausmaß nicht einschätzbar sei.

Die PETO-Fraktion werde der Verwaltungsvorlage zustimmen, führt ein Sprecher der Fraktion aus und weist auf die durch die Übernahme der Landstraßen zu erzielenden Vorteile insbesondere im Hinblick auf schnell durchzuführende Umbau- und Ausbaumaßnahmen, deren Umsetzung nicht zu erwarten wären, befänden die Straßen sich weiter im Eigentum des Landes.

Anschließend nimmt der Bürgermeister ausführlich Stellung und unterstreicht, dass im Endeffekt ein größerer Gestaltungsspielraum gewonnen werde, was die Durchführung von baulichen Maßnahmen an diesen Straßen, Geh- und Radwegen und Grünflächen angehe. Außerdem seien Zuständigkeiten klar geregelt. Nicht nur das führe u.a. zu einem großen Zeitgewinn bei geplanten Umbau- oder Ausbaumaßnahmen.

Im Anschluss daran meldet sich der Sprecher der CDU-Fraktion zu Wort und weist ebenfalls auf die bereits im Fachausschuss durchgeführten grundsätzlichen Diskussionen hin. Die Ausführungen des Bürgermeisters könne er allerdings nicht unkommentiert lassen. Nach wie vor vertrete seine Fraktion die Auffassung, dass durch die Übernahme der Straßen die Bürger zu einem späteren Zeitpunkt an den Kosten für die grundhafte Sanierung beteiligt würden. Das sei nicht akzeptabel. Auch sei man der Meinung, dass der Umbau von Straßen in anderer als städtischer Trägerschaft möglich sei, wenn dafür die Zulässigkeit gegeben sei. Es komme halt auf gute Planung und Argumentation an. Dann führt er noch aus, dass wie bei der SPD-Fraktion auch die Gefahr gesehen werde, dass die Stadt Monheim am Rhein mit der Übernahme finanzielle Verpflichtungen eingee, die nur zu stemmen seien, wenn die positive Einnahmesituation als Grundlage erhalten bleibe. Ihm dränge sich der Eindruck auf, dass die Vorlage mit heißer Nadel gestrickt und in Bezug auf die Folgekosten nicht fundiert sei.

Darauf entgegnet der Bürgermeister, dass er die Schärfe der Ausführungen seines Vorredners und den persönlichen Angriff nicht nachvollziehen könne. Er seiner Antwort geht er eingehend auf die Vorhaltungen ein, insbesondere bezieht er sich auf Anliegerbeschwerden, die durch das Land seit Jahren nicht berücksichtigt würden. Ohne Anliegerbeiträge zu erheben, könnten zum jetzigen Zeitpunkt Sanierungen durchgeführt werden. Er vertritt die Auffassung, dass es im Interesse der Bürger liege, die Straßen zu übernehmen. Die Gestaltungspläne der Stadt seien deutlich leichter umzusetzen, da das Land andere Ansprüche an die Straßen stelle als die Stadt. Die „Leichtigkeit des Verkehrsflusses“ stehe dort im Vordergrund, deshalb sei es immer schwierig, Zustimmung zu Gestaltungsplänen der Stadt zu erhalten. Hinsichtlich der Unterhaltungskosten führt der Bürgermeister aus, dass diesen eine

gute Kalkulation zu Grunde liege. Außerdem würden diese Arbeiten bereits heute überwiegend durch den städtischen Betriebshof durchgeführt.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen weist ebenfalls auf die kontrovers geführte Diskussion im ASUBV hin und will auch die Folgekosten für die Zukunft nicht verneinen, allerdings biete die Übernahme der Landstraßen nach Auffassung seiner Fraktion mehr Vor- als Nachteile. Der Vorlage werde zugestimmt.

Es schließt sich eine kontrovers geführte Diskussion an, in der die Sprecher der Fraktionen von PETO und CDU nochmals ihre Standpunkte erläutern.

Die PETO-Fraktion werde zustimmen, weil man glaube, dass bestimmte Straßenplanungen mit dem Land als Straßenbaulastträger nicht machbar seien. Man gewinne ein hohes Maß an Entscheidungsfreiheit bei der Weiterentwicklung der innerstädtischen Infrastruktur. Auch der Zeitfaktor bei der Umsetzung von Investitionsmaßnahmen spiele eine nicht unerhebliche Rolle.

Seine Fraktion beurteile verschiedene Maßnahmen völlig anders, erklärt der Sprecher der CDU-Fraktion. Durch hartnäckige Verhandlungen, mit deren Beginn frühzeitig begonnen werde, seien auch mit dem Land Einigungen zu erzielen. Auch hinsichtlich der „Leichtigkeit des Verkehrs“ habe seine Fraktion eine andere Meinung. Die „Landstraßen“ sollten doch dem zügigen Abfluss des Durchgangsverkehrs dienen. Hinsichtlich des Ausbaus der Hauptstraße in Baumberg vertrete man ebenfalls andere Vorstellungen. Die CDU-Fraktion lehne aus diesen Gründen die Verwaltungsvorlage ab.

Die Verwaltung teilt nach Worterteilung durch den Bürgermeister mit, dass es in der Vergangenheit immer schwierig und zeitaufwändig gewesen sei, Kompromisse zu finden und mit dem Land abzuschließen. Als Beispiel wird der Ausbau der Hauptstraße in Baumberg angeführt, dem das Land nur zugestimmt habe, weil die Stadt die Kostenträgerschaft übernommen habe.

Zum Abschluss nimmt der Bürgermeister noch Stellung zu verschiedenen im Laufe der Debatte aufgeführten Einzelmaßnahmen, insbesondere zu verkehrlichen Anordnungen und dazu ausgelöste Reaktionen des Landes.

Beschluss

- Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt, der geplanten Abstufung der Landstraßenabschnitte der L 402 und L 293 gem. Anlage 1 auf Monheimer Stadtgebiet zuzustimmen. Die Stadt Monheim am Rhein übernimmt damit die Straßenbaulast für die abgestuften Landstraßen und überträgt die Flächen in ihr kommunales Vermögen.
- Die Verwaltung wird ermächtigt, den angebotenen Ablösebetrag für schadhafte Verkehrsflächen in Höhe von pauschal 3,5 Mio. € anzunehmen.
- Die Verwaltung wird beauftragt, die Abstufungsvereinbarung mit der Stadt Leverkusen und dem Land mit Wirkung zum 01.01.2017 abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

26 Ja-Stimmen: 23 PETO, 2 Bündnis90/Die Grünen, 1 BM

11 Nein-Stimmen: 7 CDU, 3 SPD, 1 FDP

mehrheitlich zugestimmt

**19 Satzung zur 1. Änderung der Satzung der Stadt Monheim am Rhein für den
Denkmalbereich "Historischer Kern der Altstadt" (Denkmalbereichssatzung)
Vorlage: IX/0699**

Beschluss

Die Satzung zur 1. Änderung der Satzung der Stadt Monheim am Rhein für den Denkmalbereich „Historischer Kern der Altstadt“ (Denkmalbereichssatzung) wird in der als Anlage 1 der Beschlussvorlage beigefügten Fassung beschlossen. Die Anlage 1 ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner (2. Unterbrechung)

Der Bürgermeister ruft erneut die Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner auf. Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Bürgermeister schließt den zweiten Teil der Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner.

**20 Weiterentwicklung des Liniennetzes im Monheimer Stadtgebiet
Vorlage: IX/0727/2**

Der Sprecher der SPD-Fraktion bezieht sich auf die Vorberatungen im Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr und im Haupt- und Finanzausschuss in denen durch die SPD-Fraktion notwendige Verbesserungen in einigen Bereichen beantragt worden seien. Diese hätten keine Mehrheiten gefunden. Das vorgeschlagene Konzept werde deshalb abgelehnt.

Beschluss

Die Variante 3b dient als Grundlage für die Weiterentwicklung des Liniennetzes im Monheimer Stadtgebiet.

Abstimmungsergebnis:

34 Ja-Stimmen: 23 PETO, 7 CDU, 2 Bündnis90/Die Grünen, 1 FDP, 1 BM
3 Nein-Stimmen: SPD

mehrheitlich zugestimmt

**21 Planungen zum Bau und Betrieb einer Veranstaltungshalle
Vorlage: IX/0693**

Beschluss

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die ersten Projektschritte zum Bau und Betrieb der Veranstaltungshalle in der alten Fassabfüllhalle – zunächst das Auswahlverfahren für den Architekten einhergehend mit dem Architekturkonzept sowie dem Nutzungskonzept – einzuleiten und die Ergebnisse den Ratsgremien zur weiteren Beratung vorzulegen.
2. Für die bevorstehenden Projektschritte werden Haushaltsmittel in Höhe von 250.000 Euro im 1. Nachtragshaushalt 2016 bereitgestellt.

einstimmig zugestimmt**22 Bauunterhaltung von Kindertagesstätten im städtischen Eigentum
Vorlage: IX/0695****Beschluss**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Trägern der Kindertagesstätten, die städtische Gebäude nutzen, Verhandlungen zur Übernahme der Bauunterhaltung aufzunehmen.
2. Das Verhandlungsergebnis ist den Ratsgremien zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen.

einstimmig zugestimmt**23 Neubau von 4 Kindertagesstätten
-Standortentscheidung und Planungsauftrag-
Vorlage: IX/0705**

Eingangs erklärt der Bürgermeister, dass in der Vorberatung die Variantenentscheidung über die Standorte in Baumberg für den Grünzug Geschwister-Scholl-Straße und Kirberger Hof beschlossen worden sei. In Monheim habe nur noch der Standort am Monamare zur Verfügung gestanden.

Sprecher der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen erklären, dass man mit den vorgeschlagenen Standorten nicht einverstanden sei und deshalb der Beschlussvorlage nicht zustimmen werde. Man sehe erhebliche Unwägbarkeiten am Standort Kirberger Hof. Diesen Bereich könne man sich für eine generationenübergreifende Bebauung vorstellen. Der Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen erklärt, dass Barrierefreiheit auch bei zweigeschossigen Bauwerken herzustellen sei. Dies verhindere eine vermehrte Flächenversiegelung.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion begründet unter Hinweis auf die Diskussion im vorberatenden Fachausschuss eingehend die vorgeschlagene Standortwahl und warum die PETO-Fraktion der Vorlage zustimmen werde.

Beschluss

1. Im Stadtgebiet Monheim am Rhein sollen 4 Kindertagesstätten-Neubaugebäude mit insgesamt 17 Gruppen errichtet werden.
2. Als Standorte werden festgelegt:

In Baumberg:
A) Geschwister-Scholl-Straße Grünzug (4 Gruppen)
B) Kirberger Hof (4 Gruppen)

In Monheim:
A) Variante 5: Standort am Allwetterbad (4 Gruppen + 5 Gruppen)
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ankaufsverhandlungen für Grundstücke in nicht städtischem Besitz aufzunehmen und das Ergebnis den Ratsgremien zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung für die 4 Kindertagesstätten bis zur Entwurfsplanung zu erstellen und das Ergebnis den Ratsgremien zur weiteren Beratung und zum Baubeschluss vorzulegen.
5. Der Kostenrahmen wird festgelegt auf 13,0 Mio. € für die KG 200-700 nach DIN 276. Darüber hinausgehende Kosten für eventuelle Grundstücksankäufe und Erschließungen sind zu ermitteln und das Ergebnis ist den Ratsgremien zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.
6. Die erforderlichen Haushaltsmittel sind in den 1. Nachtragshaushalt 2016 aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

25 Ja-Stimmen: 24 PETO, 1 BM

13 Nein-Stimmen: 7 CDU, 3 SPD, 2 Bündnis90/Die Grünen, 1 FDP

mehrheitlich zugestimmt**24 Schulzentrum Berliner Ring
- Schulneubau-
Vorlage: IX/0757**

Eingangs erläutert der Bürgermeister die Vorlage und erklärt, dass aufgrund der aktuellen Schulentwicklungsplanung das Raumprogramm für die Sekundarschule 5-zügig ausgelegt werden solle. Im Nachtragshaushalt solle deshalb das Baubudget um 4,5 Mio. EUR erhöht werden.

Der Sprecher der CDU-Fraktion erklärt, dass seine Fraktion immer schon für eine Ertüchtigung der Schulgebäude stehe. Allerdings fordere man von der Verwaltung schon seit Jahren einen sog. „Masterplan Schulen“ ein. Man habe eine fundierte auf die nächsten Jahre ausgelegte Bedarfsplanung erwartet, basierend auf einer allgemeinen Bestandserhebung. Immer wieder werde nur Stückwerk vorgelegt und kurzfristig auf den jeweiligen Bedarfsfall reagiert.

Dieser Vorwurf ziele ins Leere, entgegnet der Bürgermeister mit Hinweis auf die durch den Rat in der Sitzung aus Mai 2015 beschlossene Fortschreibung des Schulentwicklungsplans. Die heutige Vorlage sei nur eine Maßnahme aus dem Raumprogramm der Schulentwicklungsplanung. Der aktuelle Trend hinsichtlich der Schülerzahlen kehre sich um und man erwarte mehr Zu- als Wegzüge. Diese Entwicklung sei bereits im Gutachten von Dr. Garbe & Lexis definiert worden, die allen aus der einstimmig beschlossenen Schulentwicklungsplanung bekannt sein sollten.

Die Ausführungen des Bürgermeisters werden durch den Sprecher der SPD-Fraktion voll unterstützt. Die Vorhaltungen des Sprechers der CDU-Fraktion seien wegen des durch den Rat beschlossenen Schulentwicklungskonzeptes nicht nachvollziehbar. Die SPD-Fraktion werde der Verwaltungsvorlage zustimmen.

Es schließt sich eine heftig und kontrovers geführte Diskussion an, die sich auf die Informationspolitik des Bürgermeisters und der Verwaltung speziell zu den Themen Kindergarten- und Schulbedarfsplanung bezieht.

Von der Sprecherin der PETO-Fraktion wird bezweifelt, ob der CDU-Fraktion das

Schulentwicklungskonzept überhaupt geläufig sei. Deren Ausführungen zu angeblich fehlender Schulbedarfsplanung, die der Sache grundsätzlich abträglich seien, seien sonst nicht nachzuvollziehen.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion beharrt darauf, dass die vorgelegte Verwaltungsvorlage nicht ausreichend darlege, worauf sich der Mehrbedarf für Gebäudekapazitäten stütze. Es wird auf die Kindergartenbedarfsplanung aus vergangenen Jahren verwiesen, die ihrer Meinung nach völlig am Bedarf vorbeigegangen war und erst spät von der Verwaltung korrigiert worden sei.

Nochmals weist der Bürgermeister darauf hin, dass bereits im letzten Sitzungslauf mit Hinweis auf den aktuellen Kindergartenbedarfsplan angekündigt worden sei, die Schulbedarfsplanung dieser ggf. anzupassen. Zwischenzeitlich habe man sich von Dr. Garbe & Lexis eine neue Einschätzung geben lassen, ob das Verhältnis Kindergartenbedarf zu Schulbedarf noch stimmig sei. Der im Gutachten zur Schulentwicklungsplanung skizzierte Korridor hinsichtlich des Wachstumsbedarfs sei bestätigt worden.

Ob das Gutachten von Dr. Garbe & Lexis, das sich an der Kindergartenbedarfsplanung orientiere, überhaupt auf korrekten validen Zahlen fuße, wird durch die CDU-Fraktion in Frage gestellt. Man halte an der Forderung nach einer aktuellen und konkreteren Bedarfsplanung fest. Es dränge sich der Eindruck auf, dass neuere Daten erhoben werden müssten.

Der Bürgermeister hält dem entgegen, dass das Gutachten von Dr. Garbe & Lexis nicht auf der Kindergartenbedarfsplanung, die zudem heute nicht Thema der Beratungen sei, aufbaue, sondern sich die Prognose auf Zu- und Wegzüge bei den Einwohnerzahlen stütze. Die Kindergartenbedarfsplanung sei für die Schulentwicklungsplanung völlig irrelevant. Dass die Planung von Dr. Garbe & Lexis stimmig sei, sei durch diese aktuell bestätigt worden.

Bevor der Bürgermeister zur Abstimmung aufruft, erklärt die Sprecherin der PETO-Fraktion, ihr dränge sich der Eindruck auf, dass die CDU-Fraktion ein Grundmisstrauen zu den durch die Verwaltung vorgelegten Zahlen habe. Die Vermischung von Zahlen aus unterschiedlichen Bedarfsplanungen sei der Beurteilung der Sache nicht förderlich.

Beschluss

1. Die Planung für den Neubau am Schulzentrum Berliner Ring ist neben dem bereits beschlossenen Raumprogramm für das Otto-Hahn-Gymnasium für eine 5-zügige Sekundarschule auszulegen.
2. Das Baubudget für die Maßnahme erhöht sich durch die 5-Zügigkeit von 14,0 Millionen Euro auf 18,5 Millionen Euro. Um eine zeitnahe Einleitung des Vergabeverfahrens im Anschluss an den Baubeschluss zu ermöglichen, werden die im Entwurf der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2016 eingestellten Verpflichtungsermächtigungen für 2017 um 4,5 Mio. Euro erhöht.

Abstimmungsergebnis:

31 Ja-Stimmen: 24 PETO, 3 SPD, 2 Bündnis90/Die Grünen, 1 FDP, 1 BM
7 Nein-Stimmen: CDU

mehrheitlich zugestimmt

**25 Hermann-Gmeiner-Schule
-Brandschutzmaßnahmen-
Vorlage: IX/0756**

Beschluss

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die im Begründungsteil der Vorlage dargestellte Brandschutzmaßnahme an der Hermann-Gmeiner-Schule umzusetzen.
2. Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 250.000 Euro werden im 1. Nachtragshaushalt 2016 bereitgestellt.

einstimmig zugestimmt

**26 Errichtung einer Kindertagesstätte in Modulbauweise
Vorlage: IX/0758**

Nach ausführlicher Erläuterung der Vorlage durch den Bürgermeister erklärt ein Sprecher der SPD-Fraktion, dass seine Fraktion die Vorlage ausdrücklich begrüße. Sowohl der Standort als auch die Modulbauweise werden besonders gelobt.

Beschluss

1. Am Standort Linzer Straße / Bregenzer Straße wird die in der Sachdarstellung beschriebene Kindertagesstätte in Modulbauweise für den Zeitraum 2017 bis 2018 als Mietlösung errichtet.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen flankierenden Baumaßnahmen zu planen, auszuschreiben und zu realisieren sowie den Mietvertrag für das Bauwerk „Kindertagesstätte in Modulbauweise“ abzuschließen.
3. Zur Finanzierung des Gebäudes werden im 1. Nachtragshaushalt 2016 Mittel in Höhe von 175.000,- Euro, für die Folgejahre 2017 und 2018 insgesamt nochmals 300.000,- Euro bereitgestellt.
4. Darüber hinaus werden über die 1. Nachtragssatzung zur bedarfsgerechten Einrichtung / Möblierung des Gebäudes 135.000 Euro als investive Mittel zur Verfügung gestellt.

einstimmig zugestimmt

**27 1. Nachtragshaushaltssatzung 2016
Vorlage: IX/0708/1**

Beschluss

1. Der Verwaltungsentwurf der 1. Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung 2016 vom 14.01.2016 wird unter Berücksichtigung der vom Haupt- und

Finanzausschuss empfohlenen Änderungen, die er

- a) aufgrund eigener Zuständigkeit oder
- b) aufgrund der Vorschläge der Verwaltung

beschlossen hat und mit den in der heutigen Sitzung des Rates beschlossenen Änderungen angenommen.

2. Die 1. Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein für das Haushaltsjahr 2016 wird mitsamt ihren Anlagen beschlossen. Die als Anlage 1 beigefügte Nachtragshaushaltsatzung 2016 wird Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

**28 Nachwahlen von Mitgliedern in Ausschüssen und Gremien, Nachbenennung für den JHA sowie die Bestimmung einer Nachfolgerin/eines Nachfolgers für den stellvertretenden Ausschussvorsitz
Vorlage: IX/0720**

Der Bürgermeister erklärt, dass er bei Nr. 1 des Beschlussvorschlages nicht mitstimmt.

Beschluss

1. Die Nach- und Umbesetzung der Ausschüsse und Gremien wird gemäß der beigefügten Anlage 1 beschlossen. Die Anlage 1 ist Bestandteil des Beschlusses.
2. Der Rat nimmt die Ersatzbenennung des stellvertretenden Vorsitzenden im Rechnungsprüfungsausschuss zur Kenntnis.
3. Der Rat nimmt die Nachbesetzung im Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis.

einstimmig zugestimmt

**29 Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen_Resolution der Stadt Monheim am Rhein gegen den Weiterbetrieb der belgischen Atomkraftwerke Tihange und Doel
Vorlage: IX/0766**

Eingangs erläutert der Sprecher der antragstellenden Fraktion den Antrag und führt zu den Hintergründen aus. Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen sehe auch eine örtliche Betroffenheit als gegeben an. Deshalb sei der Rat der Stadt Monheim am Rhein berechtigt über den Antrag zu entscheiden.

Dazu entgegnet der Bürgermeister, dass sich sehr wohl die Zuständigkeitsfrage stelle und wer Adressat der beantragten Resolution sein solle. Im Kern läge bei diesem Antrag der Fraktion Bündnis90/die Grünen das gleiche Problem vor, wie bei dem im Dezember 2014 gestellten Antrag zum Freihandelsabkommen TTIP. Dem Rat der Stadt Monheim am Rhein obliege keine Kompetenz hinsichtlich beabsichtigter Stilllegungen belgischer Atomkraftwerke.

Er schlage deshalb in dieser Angelegenheit das gleiche Verfahren vor wie in der

Ratssitzung im Dezember 2014, als man zunächst über die Zuständigkeit des Rates überhaupt abstimmen solle, bevor in eine Diskussion über die beantragte Sache eingestiegen werde.

Die deutsche Bundesregierung solle Adressat der beabsichtigten Resolution sein, erklärt der Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen.

Im Anschluss machen Sprecher der Fraktionen von CDU und PETO ihre unterschiedlichen Auffassungen hinsichtlich der Zuständigkeit des Rates deutlich. Die CDU sieht in diesem Fall, anders als bei dem Urteil zur Atomwaffenstationierung, die örtliche Betroffenheit als gegeben an. Die PETO-Fraktion kommt zu einer anderen rechtlichen Bewertung und erklärt, bei der Abstimmung über die Zuständigkeit des Rates dagegen zu stimmen.

Der Sprecher der SPD-Fraktion bringt zunächst seine Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass durch die Verwaltung keine juristische Information zu dem Thema „Zuständigkeit des Rates“ zur Verfügung gestellt worden sei. Seine Fraktion sehe sehr wohl eine örtliche Betroffenheit durch die Gefahr der belgischen Atomkraftwerke als gegeben an und werde deshalb für die Zuständigkeit des Rates stimmen.

Eine Expertise zur Abschaltung belgischer Atomkraftwerke sei für die Verwaltung obsolet gewesen, da es sich bei der Stadt Monheim um eine unzuständige Gebietskörperschaft handele, um eine Resolution in Richtung belgischer Regierung auszusprechen, erklärt der Bürgermeister. Durch ein allgemeines politisches Interesse, welches nicht in Abrede gestellt werde, könne der Rat der Stadt Monheim am Rhein gezwungen werden, Entscheidungen zu treffen, die nicht in seine Zuständigkeit fielen.

Es folgt eine kontrovers geführte Diskussion über die Zuständigkeit des Rates.

Zwar sei eine allgemeine Betroffenheit gegeben, aber eine spezifische örtliche Betroffenheit werde nicht gesehen, erklärt die PETO-Fraktion. Als zwingendes Abgrenzungsmerkmal wird auf die Entscheidungskompetenz der Gemeinde verwiesen, die in diesem Fall eindeutig nicht gegeben sei.

Der Sprecher der CDU-Fraktion vertritt die Meinung, dass es keine juristische Entscheidung sein dürfe, ob der Rat eine Willensentscheidung zu politischen Themen abgebe oder nicht. Er plädiere deshalb dafür, der Resolution beizutreten und dann den Adressaten (hier die Bundesregierung) entscheiden zu lassen, wie weiter damit verfahren werden solle. Damit habe der Rat seine Schuldigkeit den Monheimer Bürgern gegenüber in dieser Angelegenheit getan. Eine weitere Diskussion über die Zuständigkeit des Rates halte er deshalb für völlig überflüssig.

Nach dem Hinweis der Sprechers der antragstellenden Fraktion, dass der Kreistag über diese Resolution abgestimmt habe, erklärt der Bürgermeister, dass man solche Entscheidungen nicht einfach übernehmen könne, wenn anderen Gebietskörperschaften die erforderliche Zuständigkeit gleichgültig sei.

Er lässt zunächst über die Zuständigkeit des Rates abstimmen.

Abstimmung über Zuständigkeit des Rates:

13 Ja-Stimmen: 7 CDU, 3 SPD, 2 Bündnis90/Die Grünen, 1 FDP
25 Nein-Stimmen: 24 PETO, 1 BM

mehrheitlich abgelehnt

Eine Abstimmung über den eigentlichen Antrag sei damit hinfällig, stellt der Bürgermeister fest.

Ratsherr Emmler - Fraktion B90/Die Grüne - bittet die Ausführungen des Bürgermeisters hinsichtlich der grundsätzlichen Zuständigkeit des Rates ins Protokoll aufzunehmen.

Hierzu erfolgt die Zustimmung des Bürgermeisters.

**30 Anfrage der CDU-Fraktion vom 03.05.2016 zur neuen
Kreisleitstelle/Entwicklung des Brandschutzbedarfsplans
Vorlage: IX/0765**

Die Fragen der CDU-Fraktion werden wie folgt durch den Bürgermeister beantwortet:

1. Die Annahme, es sei eine Entscheidung getroffen worden, wonach eine Aufschaltung auf die Kreisleitstelle nicht vorzunehmen und parallel hierzu ein eigenes System installiert worden wäre, trifft nicht zu, da es eine solche Entscheidung nicht gibt. Richtig ist vielmehr, dass seitens der Verwaltung - zur Optimierung der derzeitigen Alarmierungspraxis - ein Verfahren zur Entflechtung der (ortsvorwahlbezogenen) Aufschaltsituation der Notrufnummer 112 eingeleitet wurde. Ziel ist es dabei - anders als heute - Notrufe aus dem Festnetz der Deutschen Telekom die vom Monheimer Stadtgebiet aus erfolgen, auch direkt auf die hiesige Wache aufzuschalten, so dass sie nicht mehr in Langenfeld angenommen und weitergeleitet werden müssen.
2. Da es keine Entscheidung zur „Nichtaufschaltung“ auf die Kreisleitstelle gibt, ist es auch nicht möglich diesbezügliche Folgekosten zu ermitteln.
3. Die Dimension der geplanten Wache würde einen Betrieb mit oder ohne Aufschaltung der Notrufnummer auf die Kreisleitstelle ermöglichen.

Ergänzend führt der Bürgermeister aus, dass derzeit keine Grundlage für eine politische Entscheidung vorliege. Die Beratung werde im Kreis nichtöffentlich geführt, so dass keine Informationen aus der Kreisvorlage weitergegeben werden dürfe. Weitere Fakten seien nicht bekannt, da diese durch den Kreis unter Verschluss gehalten würden. Außerdem sei derzeit keine Dringlichkeit in dieser Angelegenheit gegeben.

Nachfragen des Sprechers der CDU-Fraktion hinsichtlich einer Antragstellung bei einer evtl. Aufschaltung auf die Kreisleitstelle werden umfassend durch den Bürgermeister beantwortet. Es sei geplant, nach der Sommerpause ausführlich zum Thema Kreisleitstelle zu informieren. Sicher sei, dass der Kreis die neue Kreisleitstelle einrichten werde. Wenn der Verwaltung ausreichend Informationen bekannt seien, um die Ratsgremien in öffentlicher Vorlage von dem Vorhaben zu unterrichten, werde dies geschehen. Dann könne über ein Ja oder Nein hinsichtlich einer möglichen Aufschaltung diskutiert werden. Bezüglich der Nachfrage hinsichtlich der Dimensionierung der neuen Feuerwache erklärt der Bürgermeister, dass man davon ausgehe, dass die Feuerwache mit genügendem Spielraum für die Zukunft gebaut werde.

31 Mündliche Mitteilungen

Es liegen keine mündlichen Mitteilungen vor.

32 Mündliche Anfragen

Es werden keine mündlichen Anfragen gestellt.

Der Bürgermeister schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und bedankt sich bei den Besucherinnen und Besuchern für ihr Interesse und wünscht allen einen guten Heimweg.

Daniel Zimmermann
Bürgermeister

Beate Hellingrath
Schriftführerin